

Einkommen Pflegekräfte besser bezahlen

Der Deutsche Pflegerat will sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für höhere Gehälter in der Pflege einsetzen. Hoch qualifizierte Pflegekräfte müssten seit Jahren faktisch sinkende Einkommen hinnehmen. Die aktuellen Protestaktionen von Mitarbeitern in Kliniken und Heimen stoßen beim Pflegerat auf Verständnis.

➤ Losgelöst von der Debatte um Mindestlöhne, die sich auf ungelernete und gering qualifizierte Pflegekräfte beziehe, sei es an der Zeit, „die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, die durch ihr Wirken die Betriebe leistungsfähig und am Laufen halten, entsprechend gut zu bezahlen“, erklärte Ratspräsidentin Marie-Luise Müller. Sie bezog sich damit auf Äußerungen von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Die SPD-Politikerin hatte sich Ende Januar auf dem Heilberufe-Fachkongress „Pflege 2008“ in Berlin unter anderem für eine bessere Bezahlung von Pflegekräften ausgesprochen. In den laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst verlangt die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi 8% mehr Geld für das Pflegepersonal, mindestens aber 200 € monatlich. Im Februar hatte es bundesweit Warnstreiks gegeben. Betroffen waren auch viele Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen. Allein in Nordrhein-Westfalen legten rund 5.000 Klinikmitarbeiter die Arbeit nieder.

„Die Arbeitsbelastung der Pflegenden ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen“, betonte Müller. Dieses Mehr an Arbeit müsse auch honoriert werden. Wegen des demografischen Wandels steige zugleich der

Bedarf an Pflege und damit auch an jungen Menschen, die sich für den Pflegeberuf entscheiden. „Nur wenn sich Pflege als hoch qualifizierte, anerkannte und entsprechend vergütete Berufsoption mit Karriere- und Entwicklungschancen anbietet, können ausreichend interessierte junge Menschen gefunden werden“, so Müller.

Nach Einschätzung von Peter Bechtel, Vorsitzender des Pflegemanagement-Verbandes BALK, „ist es das Pflegepersonal leid, Gehaltssteigerungen bei den Ärzten durch Stellenkürzungen in ihrem Bereich zu bezahlen.“ Die Pflege brauche keinen Rotstift, sondern vernünftige Arbeitsbedingungen. Dazu gehöre auch ein anständiges Gehalt.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) nannte Forderungen nach höheren Löhnen für Pflegekräfte „unverständlich“. Es sei ein „Stück aus dem Tollhaus“, wenn Bundesgesundheitsministerin Schmidt öffentlich mehr Geld für Pflegekräfte fordere und zugleich am Kabinetttisch der Bundesregierung die Krankenhäuser einem „ruinösen staatlichen Kostensystem“ unterwerfe, so DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum. ■

■ Weitere Informationen
www.deutscher-pflegerat.de

Editorial



Von wegen uneinig

Der Pflegerat feiert am 3. Juni Jubiläum. Vor zehn Jahren schlossen sich zunächst fünf Gründerverbände zusammen. Inzwischen gehören dem Pflegerat zwölf Verbände an. Damit vertritt der DPR heute rund 100.000 organisierte Pflegekräfte und nimmt die Interessen für die gesamte Pflegeprofession mit ihren rund 1,2 Millionen Beschäftigten auf politischer Ebene wahr. Die Zusammenarbeit mit den Landespflegeräten bzw. Dachorganisationen der Pflege wird durch gemeinsame Sitzungen koordiniert. Mit dem Zusammenschluss zum DPR dürfte es Politikern und Pflegenden vor Ort nicht mehr so leicht fallen, zu sagen: „Die sind sich untereinander nicht grün.“ Einigkeit macht stark und so sind nach der Offensive der Pflegeverbände jetzt die Pflegenden selbst gefordert, nicht nur den Organisationsgrad in den einzelnen Verbänden zu steigern, sondern im Sinne der Qualitätssicherung und Schutz der Profession einen Beitrag zur Pflegeoffensive zu leisten. Agnes Karll forderte die Geschlossenheit bereits mit Gründung der „Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen“ in Deutschland im Jahre 1903. Als Geburtstagsgeschenk für den DPR sind klare Entscheidungen zur Umsetzung der Pflegeselbstverwaltung auf Augenhöhe mit den anderen Selbstverwaltungspartnern erwünscht.



Rolf Höfert
Geschäftsführer Deutscher Pflegeverband e.V.
Mitglied im Deutschen Pflegerat

Nachrichten

Unterschriften gegen Kollaps

— Mehr als 100.000 Pflegekräfte haben bislang mit ihrer Unterschrift die Kampagne „Uns reicht’s“ unterstützt. Die Fachkräfte protestieren damit gegen einen drohenden Pflegekollaps in Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Ziel der seit Ende 2007 laufenden Kampagne ist es, die Bundesregierung zum Handeln gegen „katastrophale Arbeitsbedingungen in der deutschen Pflege“ zu bewegen. Ende März sollen alle gesammelten Unterschriften an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben werden. „Frau Merkel muss die Pflege zur Chefsache machen“, so Franz Wagner, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK).

www.pflege-uns-reichts.de

Linda H. Aiken referiert beim Hauptstadtkongress 2008

— Die Begründerin des Magnetkrankenhauses, die US-amerikanische Pflegewissenschaftlerin und Soziologin Prof. Linda H. Aiken, ist zu Gast beim diesjährigen „Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit“ vom 4. bis 6. Juni in Berlin. In der Sitzung „Motivierte Mitarbeiter – exzellente Krankenhäuser: Strategie Magnetkrankenhäuser“ (6. Juni, 14.00–15.45 Uhr) wird Aiken über die Überwindung von Personalmangel in US-amerikanischen Hospitälern referieren. Das Konzept des Magnetkrankenhauses wurde in den USA Anfang der 80er Jahre als Reaktion auf einen immer stärker um sich greifenden „Pflegenotstand“ geboren. Magnetkrankenhäuser zeichnen sich durch hohe Mitarbeiterzufriedenheit und bessere Resultate in der Patientenversorgung aus. Inzwischen haben über 250 US-Kliniken den Status „magnet hospital“ erlangt. Zum „Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit“ werden rund 7.000 Fachbesucher erwartet. Unter seinem Dach findet auch der „Deutsche Pflegekongress 2008“ statt. Der Deutsche Pflegerat ist Programmpartner.

www.hauptstadtkongress.de

Auf dem Krankenbett Kliniken droht Milliardendefizit

Der Dachverband der Krankenhäuser – die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) – schlägt Alarm: Den Kliniken drohe in diesem und im kommenden Jahr ein milliardenschweres Defizit, heißt es unter Berufung auf eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Ein weiterer Stellenabbau sei nicht auszuschließen. Pflegeverbände verlangen nun die Einberufung eines nationalen „Gesundheitsgipfels“.



Gründe für das Loch in den Finanzbudgets der Krankenhäuser sind laut DKG die steigenden Personal- und Sachkosten. „Die drohenden Tarifsteigerungen, explodierende Energie- und Sachkosten sowie die Sanierungsabgabe reißen in den Krankenhausbereich allein in 2008 ein neues Loch der Unterfinanzierung in Höhe von bis zu 2,2 Mrd. €“, erklärte DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum Anfang Februar in Berlin.

Von einem Defizit zum nächsten

Bis zum Jahr 2009 könnte sich die Finanzmisere auf fehlende 3 Mrd. € zuspitzen. „Das provoziert einen weiteren Stellenabbau in den Kliniken“, warnte Baum. Die Summe von 2,2 Mrd. € entspreche dem Finanzbedarf für 66.000 Pflegekräfte beziehungsweise 40.000 Ärzte. Der Politik warf Baum vor, das Gesundheitswesen „tot zu sparen“. „Nachdem bereits das Jahr 2007 mit einem Milliardendefizit für

die Krankenhäuser zu Ende ging, baut sich für viele Einrichtungen eine fast ausweglose Situation auf.“ Selbst Kliniken, die bisher gut über die Runden gekommen seien, gerieten zunehmend in Schwierigkeiten. „Die Auffassung der Bundesregierung, dass Überkapazitäten für die Finanznöte ursächlich sind, trifft nicht zu. Die Kürzungen treffen vielmehr nach der Rasenmähermethode alle deutschen Krankenhäuser – auch diejenigen, die in den bereits heute unterversorgten Regionen unverzichtbar sind und um ihre Existenz kämpfen müssen.“

Die Große Koalition aus Union und SPD forderte Baum auf, umgehend ein „Nothilfeprogramm“ aufzulegen, um dem Kollaps im stationären Sektor zu begegnen. „Die Bundesregierung hat maßgeblich zur Entstehung der Problemlage beigetragen – sie muss jetzt auch zu einer nachhaltigen Lösung beitragen.“ Die Bahn könne höhere Gehälter oder steigende Energiekosten durch

— „Kostendeckel“ macht Häusern zu schaffen

Um Beitragserhöhungen bei den Krankenkassen zu verhindern, dürfen die rund 2.100 Krankenhäuser in Deutschland ihre Preise jährlich nur so stark anheben, wie die beitragspflichtigen Löhne der gesetzlich Krankenversicherten steigen. Kritiker sprechen von einem „Kostendeckel“. Für das laufende Jahr schreibt der Gesetzgeber ein Plus von 0,64% vor. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hält diese Steigerungsrate für zu gering. Steigende Personal-, Sach- und Energiekosten könnten damit nicht aufgefangen werden.

eine Anhebung der Fahrkartenpreise ausgleichen. Den Krankenhäusern dagegen stehe jedes Jahr nur 0,68 % mehr Geld zur Verfügung.

Pflegerat in großer Sorge

Auch der Deutsche Pflegerat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft der Pflege und des Hebammenwesens – zeigte sich wegen der Situation in den Krankenhäusern äußerst besorgt. Der DPR befürchtet, dass das drohende Finanzloch durch weitere Stellenstreichungen im Pflegedienst „gestopft“ wird. In den vergangenen zehn Jahren seien bereits rund 50.000 Pflegestellen in den Kliniken abgebaut worden. „Jeder weitere Personalabbau in der Pflege gefährdet die Patientensicherheit und erhöht das Fehlerrisiko“, erklärte Ratspräsidentin Marie-Luise Müller. In den Medien werde immer öfter über „Missstände“ in Krankenhäusern berichtet.

Nach Ansicht des Pflegerates kann der Misere mit zwei Möglichkeiten begegnet werden: „Bundesgesundheitsministerin Schmidt gibt mehr Geld ins System oder alle Beteiligten zusammen nehmen ihre Verantwortung wahr, schaffen das Rasenmäherprinzip ab und vereinbaren einen geregelten Umgestaltungsprozess. Deshalb fordern wir einen Gesundheitsgipfel.“ Der den Krankenhäusern auferlegte Budgetdeckel dürfe nicht länger „auf dem Rücken der Beschäftigten lasten“.

Kritik an der Politik übte auch die Bundesärztekammer (BÄK). „Die

Krankenhäuser bluten aus, wenn jetzt nicht endlich die Patientenversorgung zum Maßstab der Dinge gemacht wird“, sagte BÄK-Präsident Professor Jörg-Dietrich Hoppe. Für den Verdrängungswettbewerb im Krankenhaussektor trage die Politik die Verantwortung. Es drohe eine „Wartelistenmedizin“, sagte Hoppe.

Der Marburger Bund verlangte von der Regierung ein Sofortprogramm zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der Kliniken.

Schwierig, aber nicht aussichtslos

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) wies die Kritik der DKG und anderer Verbände als unbegründet zurück. Zwar sei die Situation der Kliniken schwierig. Unter dem Strich sei sie jedoch nie so gut gewesen wie heute. Der Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser in Höhe von 300 Mio. € jährlich werde durch die abgesenkten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder ausgeglichen.

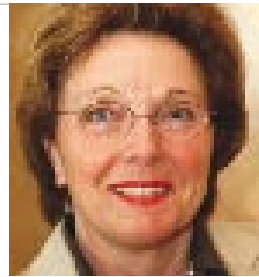
Aktuellen Schätzungen zufolge liegt der Investitionsstau in deutschen Krankenhäusern bei rund 50 Mrd. €. Das Problem besteht vorrangig in den alten Bundesländern: Zu den Schlusslichtern gehören das Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In den neuen Ländern konnte die Investitionslücke in den vergangenen Jahren weitgehend geschlossen werden.

» Das Jahr 2008 trägt existenzvernichtende Züge für die Krankenhäuser.



Georg Baum, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft

» Das Finanzloch der Kliniken darf nicht durch Einsparungen beim Pflegepersonal gestopft werden.



Marie-Luise Müller, Präsidentin Deutscher Pflegerat

» Die Krankenhäuser bluten aus, wenn nicht endlich die Patientenversorgung zum Maßstab der Dinge gemacht wird.



Prof. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer

Sanierungsbeitrag

Mit der Gesundheitsreform („GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“) werden die Kliniken verpflichtet, 2007 und 2008 ihre Rechnungen an die Kassen um 0,5 % zu kürzen. Damit sollen sie einen Sanierungsbeitrag für die GKV leisten.

Wirtschaftsfaktor und Sorgenkind

In Deutschland werden derzeit rund 2.100 Krankenhäuser gezählt. Insgesamt sind dort 1,1 Millionen Menschen beschäftigt – darunter 400.000 Pflegekräfte und 140.000 Ärzte. Mit einem jährlichen Umsatz von 61 Mrd. € sind die Kliniken ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen. Die Zahl der Krankenhäuser ist jedoch zuletzt zurückgegangen. Nach Angaben der DKG mussten im vergangenen Jahr 30 Krankenhäuser ganz oder teilweise schließen. Für 2008 erwartet der Verband rund 50 Klinikschließungen.

Pflegerat im Profil

Verband für Anthroposophische Pflege (VfAP) e.V.

— Den österreichischen Philosophen Rudolf Steiner (1861-1925) kennen viele als Begründer der „Waldorfschulen“. Steiner hat seine Spuren aber auch in einer Vielzahl anderer Disziplinen hinterlassen – nicht nur in der Erziehung junger Menschen. Sie reichen vom biodynamischen Landbau über die Architektur bis hin zur anthroposophischen Medizin und Pflege. „Das Ziel anthroposophischer Pflege ist es, Menschen in Phasen der Pflegebedürftigkeit zu helfen, ihren individuellen Weg auf der leiblichen, seelischen und geistigen Ebene zu gehen. Sie leistet damit, gemeinsam mit Ärzten und Therapeuten, ihren Beitrag zur Verwirklichung einer spirituellen Heilkunst“, erklärt Ralf Heine, Mitglied im Vorstand des Verbandes für Anthroposophische Pflege (VfAP). Der VfAP ist ein Zusammenschluss von Pflegefachkräften, die ihre berufliche Praxis durch Aspekte der anthroposophischen Geisteswissenschaft erweitern. Spirituelle Pflege beschäftigt sich sowohl mit Fragen von Reinkarnation und Karma wie auch mit Fragen nach der spirituell-sozialen Bedeutung typischer Formen der Pflegebedürftigkeit, z.B. in der Kleinkindererziehung oder in der Pflege von Wachkomapatienten. „Das anthroposophische Menschenbild gründet nicht auf Glaubenswahrheiten, es hat vielmehr den Anspruch rational begründbar und verstehbar zu sein.“

■ www.vfap.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Salzufer 6, 10587 Berlin („Haus der Gesundheitsberufe“), Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, www.deutscher-pflegerat.de

Redaktion: Thomas Hommel; „PflegePositionen“ ist eine regelmäßige Teil-Beilage in **Heilberufe** – Das Pflegemagazin
Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler (verantwortlich), Ehrenbergstr. 11–14, 10245 Berlin, Tel.: 030 2045600
Fax: 030 20456012, www.heilberufe-online.de

Verlag: Urban & Vogel GmbH, Neumarkter Str. 43, 81673 München, Tel.: 089 43721300, Fax: 089 43721399, www.urban-vogel.de

Female Genital Mutilation Es fehlt an Erfahrung und Wissen

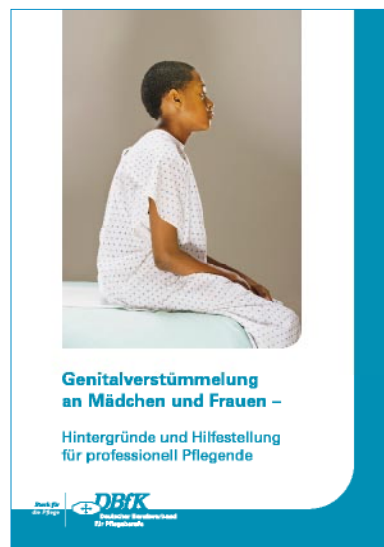
Anlässlich des „Internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung“ (Female Genital Mutilation) am 6. Februar haben verschiedene Berufsverbände im Pflege- und Hebammenwesen mehr Aufmerksamkeit für das Thema und Unterstützung für die betroffenen Frauen und Mädchen gefordert. Eine Broschüre, die sich speziell an Pflegende richtet, soll aufklären.

➤ Betroffene Frauen würden im deutschen Gesundheitswesen bislang nicht immer adäquat behandelt und beraten. „Pflegerinnen, aber auch Ärzten, mangelt es häufig an Erfahrung und Wissen über Vorkommen und Formen von Female Genital Mutilation“, warnte Andrea Weskamm, Fachreferentin beim Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK).

Die Pflegeberufe müssten für die Probleme, Bedürfnisse und Besonderheiten der Patientinnen noch stärker sensibilisiert werden, um die Versorgung zu verbessern und um – zumindest in Deutschland – die Mädchen vor den Folgen dieses gefährlichen und häufig tödlichen Rituals besser zu schützen. „Die gesundheitlichen Nachwirkungen der vor allem in Afrika verbreiteten Praxis der weiblichen Beschneidung spüren Frauen oft ihr ganzes Leben lang. Erst allmählich wächst in deutschen Kliniken das Problembewusstsein für die medizinischen Schwierigkeiten junger Mädchen und Frauen aus bestimmten Regionen Afrikas.“

Der „Internationale Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung“ geht auf eine Konferenz des Inter-African Committee (IAC) in Addis Abeba im Februar 2003 zurück. Damals beschloss Vertreter aus 40 verschiedenen Nationen, gemeinsam gegen das in Afrika und einigen asiatischen Ländern verbreitete Ritual der Beschneidung von Frauen einzutreten. Weltweit

sind heute bis zu 170 Millionen Frauen und Mädchen – vor allem aus Zentralafrika – betroffen. Abhängig vom Kulturkreis wurden ihnen im Kindesalter entweder die Klitoris oder die gesamten äußeren Geschlechtssteile unter extremen Schmerzen und mangelnder Hygiene entfernt. In Deutschland leben nach Schätzungen der Hilfsorganisation „Terre des Femmes“ mindestens 29.000 betroffene Frauen. Etwa 6.000 Mädchen gelten als gefährdet, da laut Berufsverband der Frauenärzte (BVF) auch in deutschen Privatwohnungen Beschneidungen durchgeführt werden. ■



— **Download der Broschüre:**
www.dbfk.de/download/arbeitshilfe.htm